Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25241. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25241 und 25242. Geschäftsstunden von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. [illegible] die 30 mm breite Millimeterzeile 2.60 RM, die [illegible] Anzeigen 45 Pf und 250 % Aufschlag. Preisliste und Tarifvertrag. Preis Februar 3.20 RM. Einzelnummer 10 Pf.

12 | Dresden, Donnerstag, den 15. Januar 1931 | 42. Jahrgang

Die Schmach von Liberia

Sklavenland und Amerikas Interessen Kampf der Gummikapitalisten

Der Völkerbund hat vor Monaten auf Veranlassung der amerikanischen Regierung eine dreigliedrige Kommission aus dem Engländer Cuthert-Christi, dem Amerikaner Johnson und dem Liberianer Barclay mit der Untersuchung der Sklaverei und Arbeitsbedingungen in Liberia beauftragt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen jetzt in einem 130 Seiten langen Bericht vor. Sie bieten ein Bild grauenhafter Zustände: Gewaltsame Aushebung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, Mißhandlungen, harte Strafen, Menschenhandel, Zwangsarbeit ohne Lohn und Nahrung bei unerhörter Bereicherung der Regierungskommissare sind landesübliche Gepflogenheiten. Aus Genf wird uns darüber berichtet:

[illegible]erika hat an Liberia eine scharfe Note wegen Verletzung der Sklavereiabkommen gerichtet. Alle Welt ist plötzlich voller moralischer Entrüstung über den Negerstaat, der seine eigenen Untertanen versklavt. Aber wenn [illegible] moralisch reagiert, dann steckt immer ein geschäftliches Interesse dahinter. So auch hier. Liberia ist [illegible]rikanisches Protektorat, die meisten führenden [illegible] sind aus USA. in „ihren" Staat geschafft worden. [illegible] hätte also schon viel früher moralisch sein können, [illegible]te die Sache aber einen heiligen Zweck.

[illegible] einzige weiße Privatgesellschaft, die in Liberia an[illegible] darf, ist die amerikanische Gummifabrik [illegible]one. Sie hat mit dem Staat Liberia einen Vertrag [illegible]rung von Arbeitskräften für ihre Plantagen. Wenn [illegible] Arbeiter nach eigenem Entschluß bei Firestone ein[illegible]ten, erhielten sie eine für liberische Verhältnisse [illegible]ßen ausreichende Bezahlung. Aber die Regie[illegible]missare verhinderten die freiwillige Anmeldung bei [illegible] immer mehr, sie bestimmten für die Plantagen [illegible]wang Kontingente, deren Geld und Naturallöhne sie [illegible]gene Tasche steckten. Infolgedessen wollte schließlich [illegible]eger mehr zu Firestone geschickt werden. [illegible]marze Arbeiter kann die amerikanische Milliarden[illegible]ie aber nicht existieren, da Liberia das Prinzip der [illegible]enen Tür", d. h. der Sperre für die Einwanderung [illegible]ten, streng durchführt. Hier war also die Moral [illegible]t am Platze. So mußte der Sklaven[illegible] von Liberia, der einer amerikanischen [illegible]anie das gute Konkurrenzgeschäft gegen [illegible]nglisch-holländische Rohgummimono[illegible]rdrebt, an den Pranger der kapitalisti[illegible] Welt.

[illegible]erika hat durch die Untersuchungskommission des [illegible]undes bereits die richtigen Heilmittel gegen Liberias [illegible]heit verkünden lassen, unter denen drei wie Leuchten [illegible] wahren Zweck des ganzen Unternehmens erhellen. [illegible]langen Politik der „offenen Tür" für Weiße, Er[illegible]ber schwarzen Regierungskommissare „durch europä[illegible]der amerikanische" und „Begünstigung der [illegible]kanischen Einwanderung". Die Enthüllung des Sklavereiskandals soll also zum Vorwand für eine weitere Kolonisierung Liberias durch die Vereinigten Staaten dienen.

Abgesehen von diesem kapitalistischen Satyrspiel sind die in dem Bericht der Untersuchungskommission enthüllten Tatsachen nicht weniger grauenhaft. Offiziell ist die Sklaverei in Liberia zwar abgeschafft, aber die hohen Kommissare des Staates betrieben mindestens bis Mitte des vorigen Jahres (der Bericht datiert vom August 1930, Liberia hat aber die angebliche Abstellung der Mißstände in Genf gemeldet) einen schwunghaften Sklavenhandel. Aus den Berichten der Häuptlinge geht hervor, daß mit Hilfe von Regierungstruppen ganze Dörfer unter grausamsten Mißhandlungen verschleppt wurden. Die Arbeiter sind meist nach der spanischen Insel Fernando Po und nach Französisch-Kongo verkauft worden, wo sie wie Gefangene behandelt und zur Arbeit ohne Lohn gezwungen wurden. Frauen standen höher im Kurs als Männer, da sie als Lockmittel für die männlichen Sklaven dienen mußten. Auch der Bau von Staatsstraßen und öffentlichen Gebäuden wurde durch Zwangsarbeiter vorgenommen. Unbezahlbar hohe Strafen für die Verletzung des Straßenbauzwanges konnten stets nur durch Hergabe von Kindern einer Familie gesühnt werden. Die betreffenden Kinder waren dann so lange „unfrei" und mußten Sklavenarbeit verrichten, bis sie losgekauft werden konnten. Liberia hat 2,5 Millionen Einwohner, von denen über 2 Millionen auf die gekennzeichnete viehische Art jahrelang brutal ausgebeutet und mißhandelt wurden.

Weitere Kolonisierung Liberias, Freilegung seiner Märkte für die Ausbeutung durch Weiße, Beschaffung von Arbeitskräften für Firestones Gummiplantagen — das ist der eigentliche Zweck der Untersuchungsaktion. Den Völkerbund selbst kann kein Vorwurf treffen. Er hat in gutem Glauben mitzuhelfen an der Abstellung eines Skandals, der jeden Menschen erschüttern muß. Die von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen der Eingeborenenpolitik Liberias, vor allem das Verbot von Zwangsarbeit und Deportation außer Landes, Abschaffung des Verkaufs in ein Sklavenverhältnis können den armen Negern von Liberia und vielleicht auch den Eingeborenen in den Kolonien wesentliche Erleichterungen bringen. Schließlich jedoch haben die Negerkommissare von Liberia nur nachgemacht, was ihnen von ihren weißen Kollegen und Lehrmeistern in den Kolonien vorgemacht worden war.

Neuitalienische Torturen

Kürzlich wurde gemeldet, daß der Rechtsanwalt Ceva in einem römischen Gefängnis Selbstmord beging. Dazu wird uns von der italienischen Grenze gemeldet:

Ein Prozeß gegen 24 Mitglieder der antifaschistischen Vereinigung „Gerechtigkeit und Freiheit" in Rom hat eine neue Scheußlichkeit der faschistischen Justiz aufgedeckt. An Stelle der körperlichen Torturen zur Erzwingung falscher Geständnisse wird den politischen Gefangenen neuerdings ein Rauschgift zwangsweise eingeflößt, das die Opfer ihrer physischen und moralischen Kräfte beraubt. In diesem Zustand halber Betäubung werden sie ins Kreuzverhör genommen und sagen natürlich mehr aus, als sie im Besitze ihres vollen Bewußtseins sagen würden. Mussolini selbst hat gleich nach der Aufdeckung des angeblichen Komplotts durch die politische Geheimpolizei Ovra drei Todesurteile angeordnet.

Der angeklagte Rechtsanwalt Ceva hat sich getötet, um in dem skandalösen Betäubungsverfahren nicht die Führer der Bewegung zu verraten.

Wirklich, Europa kann stolz sein auf die neuesten kulturellen Errungenschaften, die ihm der Faschismus gebracht hat! Und es muß sehr schlecht bestellt sein um die Sicherheit eines Staatssystems, das sich mit solchen Mitteln der Gemeinheit und Verlogenheit zu halten sucht.

Nazikrampf um Sachsen

Hakenkreuzler-Angebot an die Staatspartei

Im Lager der sächsischen Hitler-Jünglinge herrscht offenbar eine furchtbare Wut darüber, daß sie in Sachsen noch nicht so weit sind wie in Thüringen und in Braunschweig. Da die Hakenkreuzler im Reich bisher noch nicht zur Herrschaft gelangt und auch die preußischen Trauben für sie zu sauer sind, so ist es offenbar ihr Ziel, von den kleineren Ländern her das Reich zu erobern, und so möchte man gern die Stützpunkte in Braunschweig und in Thüringen um die wichtige Machtstellung vermehren, die man hätte, wenn man in die sächsische Regierung eingezogen wäre. Das Blatt des Kriegsgewinnlers Mutschmann spricht von einem Abschnitt entscheidender Kämpfe, in den man jetzt in Sachsen eintrete. Es unterliege keinem Zweifel, daß die heute amtierende sächsische Regierung dem Willen der Mehrheit des sächsischen Volkes in keiner Weise entspreche. Wir hätten Regierungsverhältnisse, die zur Verfassung in einem gähnenden Widerspruch ständen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei werde in Sachsen den Kampf um die Neugestaltung der Regierung nunmehr ins Parlament verlegen. Die bürgerlichen Parteien rechts von den Demokraten und Volksnationalen wären bekanntlich ohne weiteres bereit, den Nazis den gewünschten Anteil an der Regierung zu geben, aber die Staatsparteiler und die Volksnationalen waren bisher ein nicht aus dem Wege zu räumendes Hindernis. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sich die sächsischen Hitler-Leute sogar herbeigelassen, bei der Staatspartei, der Partei der sonst so befehdeten jüdischen Kapitalisten, um gut Wetter zu bitten. Die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz berichtet darüber folgendes:

Den sächsischen Nationalsozialisten scheint der schwere Unfall, den Gregor Straßer erlitten hat, nicht ganz ungelegen zu kommen. Sie hatten bekanntlich im vorigen Jahr Straßer als ihren Kandidaten für den Posten des Innenministers aufgestellt. Wie wir erfahren, ist nun am Dienstag während der Landtagssitzung der Deutschen Staatspartei mitgeteilt worden, die Nationalsozialisten hätten unter den gegenwärtigen Umständen auf Gregor Straßer als Minister verzichtet. Darüber hinaus hat man sogar der Deutschen Staatspartei ein Ministerium angeboten, wenn sie die Bildung einer Rechtsregierung unterstützen würde.

Wie wir erfahren, kommt eine Beteiligung der Staatspartei an einer Regierung zusammen mit den Nationalsozialisten überhaupt nicht in Frage. Auch das Lockmittel eines Ministeriums ist völlig zwecklos. Die Deutsche Staatspartei hält ein Zusammengehen mit der äußersten Rechten für vollständig unmöglich und wird daher weder aktiv noch passiv die Bildung einer solchen Regierung in Sachsen unterstützen. Ferner erfahren wir von zuständiger Seite, daß auch die Volksnationale Reichsvereinigung, die für eine Rechtsregierung Wertvolles unentbehrlich wäre, auf ihrem alten Standpunkt beharrt, den sie am 3. Oktober vergangenen Jahres bekanntgegeben hat. Danach wird sie unter keinen Umständen den Nationalsozialisten das Innenministerium überlassen, wäre aber bereit zur Mitwirkung einer Rechtsregierung, in der die Nationalsozialisten das Finanzministerium übernehmen würden. Da die Nationalsozialisten hierauf nicht eingehen werden, kann auch von dieser Seite her der Versuch einer Neubildung der Regierung als aussichtslos gelten.

Danach scheint es vorläufig nicht so, als wenn die Nazis in diesem Landtag eine Mehrheit für den von ihnen erhofften Nazibürgerblock bekommen könnten. Bekanntlich haben sie auch mit Volksbegehren und Volksentscheid zur Herbeiführung einer Landtagsauflösung gedroht. Vielleicht haben sie inzwischen selbst eingesehen, daß sie auch mit diesem Mittel kaum zu ihrem Ziel kommen werden.

Werbespruch

D. Berlin, 14. Januar. (Eig. Bericht.)

Der Parteiausschuß der SPD. beschäftigte sich [illegible]twoch in der Hauptsache mit organisatorischen Fragen. [illegible] dem Neujahrsartikel des Parteivorsitzenden Otto [illegible] herausgegebene Losung:

„Wo bleibt der zweite Mann?"

[illegible] vom Parteiausschuß zum Werbespruch für das [illegible] 1931 erhoben. Parteipresse und Organisation sollen [illegible]mer wieder an die Mitgliedschaft richten, um jeden an [illegible]flicht zu erinnern, für das Jahr 1931 ein Mitglied [illegible] Partei und einen Leser für die Parteipresse zu ge[illegible]. — Nähere Anweisungen für diese stetige Werbe[illegible] werden den Bezirken noch zugehen.

[illegible]ußerdem stimmte der Parteiausschuß dem Vorschlage [illegible]arteivorstandes zu, den Parteitag zum 31. Mai [illegible] folgende Tage in Leipzig abzuhalten. Die [illegible]ordnung, die voraussichtlich die Fragen der Welt[illegible]chaftskrise, des Faschismus in Deutschland [illegible]es Thema „Jugend und Sozialismus" um[illegible] wird, soll in einer späteren Parteiausschußsitzung fest[illegible] werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310115/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG